

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Postfachstelle
Nr. 20

Amtsblatt

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 170.

Mittwoch, 25. Juli 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Kleinere Jahrbuch erscheint am 1. August mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter des hiesigen Postamtes 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastanienstraße 29. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Anzeigen

für das „Riesner Tageblatt“ erbiten uns spätestens bis
Vormittag 9 Uhr des jeweiligen Ausgabestages.
Die Geschäftsstelle.

Im Gasthause zu Ventewitz kommen
Sonnabend, den 28. Juli 1894,
Vorm. 11 Uhr,
1 Vertico, 1 Büchse, 1 Sopha, 1 Spiegel mit Console, 1 Coullisfisch, 12 Stück Rohr-
fische, 1 Kleidersecretär, 1 Wagen (Winterlader) und ein 1 Rennschlitten gegen sofortige Be-
zahlung meistbietend zur Versteigerung.
Riesa, 24. Juli 1894.
Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsger.
Estr. Eibam.

Freibank Riesa,

Rastanienstr. 29, im Hofe.
Das Fleisch eines Kindes gefangen Donnerstag, den 26. Juli und ev. die folgen-
den Tage auf der Freibank zum Verkauf.
Die Freibank ist geöffnet: Von 7—11 Uhr Vorm. und von 4—6 Uhr Nachm. Der
Preis des Fleisches beläuft sich auf 48 Pf. pro 1/2 Kg.
Riesa, den 25. Juli 1894.

Der Stadtrath.
J. S.: Schwarzenberg, Stadtrath.
Sonnabend, den 28. d. M., Nachm. 4 Uhr soll auf dem Reitplatze
der 6. Batterie (Kaserne II, Friedrich-Auguststraße) ein überzähliges Dienstpferd
öffentlich versteigert werden.
Königliches 3. Feldartillerie-Regiment No. 32.

Tagesgeschichte.

Die Lage in Korea ist nachgerade eine so ernste geworden, daß man den Ausbruch des offenen Krieges zwischen Japan und China fast stündlich erwarten kann. Von den beiden konkurrierenden Staaten werden immer mehr Truppen nach Korea geschickt, in Seoul stehen englische und amerikanische Marinesoldaten und die Landung der Russen in einem koreanischen Hafen wird in wenigen Tagen erfolgen. Die Vorbereitungen zum Einschlagen sind also getroffen und wenn auch fast alle Staaten ein Recht zu haben glauben, die Händel von Japan und China zu schlichten, so dürfte der Liebes Mühe vergeblich sein, trotz der sanften Friedensmahnungen Italiens, der dienstfertigen Vermittlung Englands, dem eiligen Eingreifen der Vereinigten Staaten und den großartigen Abholungen Russlands. Japan ist eben im Bewußtsein seiner Kraft gewillt, in den Krieg hinein zu treiben oder wenigstens seine Forderungen ungeschwächt durchzusetzen, China aber in seinem Großmachtsbewußtsein weigert sich, dem kleineren, unruhigen Nachbar zuzustimmen. Die Sympathien der europäischen Großmächte stehen unabweisbar auf Seiten Japans, das allein eine zivilisatorische Aufgabe in Ostasien hat, während China in seiner starren Abgeschlossenheit, seinem wilden Fanatismus, seinem Fremdenhass für die Erschließung Koreas unfähig erheint. Japan weiß sich im Besitze dieses höheren Rechtes, für das übrigens auch der schon einmal erwähnte Vertrag von 1885 die formelle Grundlage geschaffen hat und zudem fühlt sich Japan seinem Gegner militärisch vollständig gewachsen; denn obgleich es den Ansehen hat, als wenn es für das ungeheure, 360 Millionen Einwohner zählende chinesische Reich eine leichte Aufgabe sein müßte, das nur 41 Millionen Einwohner zählende japanische mit seinen gewaltigen Machtmitteln rasch zu besiegen, liegen die Verhältnisse für China doch keineswegs so günstig, weil die bessere Militärorganisation Japans und seine Kriegsschiffe dieses Land befähigen, dem chinesischen Roloß besonders bei Beginn eines Krieges mit schnellen wuchtigen Schlägen gegenüber zu treten. Schon die Vereinigung der von einander getrennten 4 chinesischen Geschwader im Gelben Meere würde längere Zeit erfordern, während die rascher konzentrierbare japanische Flotte in der Lage ist, einzelne Theile der chinesischen vereint anzu-
fallen und sie zu schlagen. Ähnliches gilt für die in Korea aufzutretenden japanischen Land-Streitkräfte. Es ist sehr wohl möglich, daß Japan, bevor genügende chinesische Streitkräfte nach Korea geschickt sind, gestützt auf die gebirgige Beschaffenheit des Landes selbst gegen chinesische beträchtliche Uebermacht sich dort siegreich behauptet. Nur wenn es China im Verlaufe der Zeit gelingt, die ganze Ueberlegenheit seiner Streitmittel in Korea zur Entfaltung zu bringen, dürfte der Erfolg Japans ernstlich in Frage gestellt werden.

Die „Hamburger Nachrichten“ führen schon seit längerer Zeit wieder eine sehr scharfe Sprache gegen die offizielle Presse, namentlich gegen den Standpunkt, welchen die „N. A. Z.“ hinsichtlich des Einschreitens gegen den Anarchismus eingenommen hat. Die „N. A. Z.“ hatte kürzlich die Regierung u. A. damit verteidigt, daß sie ausführte, es würde unmöglich sein, jetzt eine Mehrheit für eine solche Gesetzesvorlage zu finden; Neuwahlen aber würden nur dazu beitragen, die der Regierung feindlichen Elemente im Reichstage zu stärken. Die Kritik der „H. N.“, mit der sie auf diesen Artikel der „N. A. Z.“ erwidert, fällt sehr scharf aus. Sie sehen darin eine Kundgebung zu Gunsten des Parlamentarismus, wonach die Regierung sich der jeweiligen Parlamentsmehrheit

zu fügen hat, ohne auch nur den Versuch zu machen, ihre abweichende Auffassung vor dem Lande zur Geltung zu bringen und der Volksovertretung die Verantwortung dafür aufzuerlegen, daß Maßregeln, welche die Regierung für dringend erforderlich hält, unausgeführt bleiben.“ Weiterhin wird bemerkt: „Abgeschmackt ist der Versuch der demokratischen Presse, unsere Ausführungen als Versuch hinzustellen, den Grafen Capriotti zu Maßregeln zu verlocken, die zu seinem Schaden ausschlagen müßten. Wir glauben überhaupt nicht, daß die jetzige Regierung auf unseren Rath hört und wenn sie es thut, so hat das erfahrungsmäßig zur Folge, daß das Gegentheil von dem geschieht, was wir empfohlen haben. Wäre es unser Wunsch, ihr zu schaden, so würden wir uns in Schwellen gehüllt oder die Regierung in ihrer Inolenz gegenüber der sozialistisch-anarchistischen Gefahr und der Erregung der öffentlichen Meinung bedrückt haben. Wir sind überzeugt, daß ein energisches Auftreten in dieser Frage weit und einflußreiche Kreise der Bevölkerung genügt machen würde, der Regierung manche Schwächen und Unterlassungs-
sünden von früher zu vergeben und mit mehr Vertrauen, als bisher, in die Zukunft zu blicken. Es ist unsere Ansicht, daß die Regierung es in der Hand hat, nötigenfalls auf dem Wege der Neuwahl einen Reichstag zu erhalten, welcher Schutzmaßnahmen gegen die sozialistischen Umtriebe und die anarchistische Gefahr sofort bewilligt. Auf diese Weise würde auch die Wiederherstellung des alten Koreas noch am ehesten gelingen, das die Regierung sehr zu ihrem Schaden, ohne Widerstand zu versuchen, hat zerbröckeln lassen, ja dessen Verfall sie durch ihre Politik derart beschleunigt hat, daß sie jetzt kein Recht besitzt, sich auf das Nichtvorhandensein einer zuverlässigen, antisozialistischen Majorität zu berufen, um die Richterfunktion notwendiger Schutzmaßnahmen gegen die unheilvollsten Bestrebungen zu beschönigen.“

Deutsches Reich. Auf dem Gebiete der inneren Politik ist gegenwärtig, wenigstens äußerlich, bei uns eine vollkommene, hochsommerliche Stille eingetreten. Der Bundesrath hält vorläufig keine Plenarsitzungen mehr ab, die meisten Leiter der Reichsämter sind verreist und von den preussischen Ministern befinden sich der Handelsminister Freiherr v. Berlepsch, der Finanzminister Dr. Miquel, der Kultusminister Dr. Bosse und der Kriegsminister Dr. Bronsart v. Schellendorff auf Urlaub. Der äußeren Ruhe entspricht freilich nicht ganz das geschäftige Treiben in einzelnen Reichs-
ämtern und Ministerien. Vor allen Dingen wird im Reichs-
schatzamt mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet, zunächst an der vollständigen Umgestaltung der Tabakfabrikations-
steuer vorlage. Die hierzu erforderlichen umfangreichen Vorarbeiten, wozu auch die im Gange befindlichen Ermittlungen bei den Fabrikanten gehören, sind noch derart im Rückstande, daß der Staatssekretär Graf Pofadowsky auf jede Urlaubs-
reise für diesen Sommer endgiltig verzichtet hat. Neben der Tabaksteuerfrage wird übrigens, wie man dem „Dr. Anz.“ versichert, trotz aller Ablehnungen auch die Brannt-
weinsteuerfrage im Reichsschatzamt recht eifrig „studirt.“ Man scheint auf alle Fälle für eine sofortige Referre sorgen zu wollen, sofern auch der neuen Tabaksteuer vorlage im nächsten Reichstage unüberwindliche Hindernisse erwachsen sollten. Das preussische Finanzministerium ist diesmal zu irgend einer Mitarbeit an der Reichssteuerangelegenheit nicht zugezogen worden.

Die „Post“ schreibt: „Daß bei entschlossenem Ausharren der boykotirten Brauereien und energischer Unterstützung der übrigen bürgerlichen Gesellschaft die Sozialdemokratie bei der

in Berlin veranstalteten Kraftprobe schließlich unterliegen wird, erscheint unzweifelhaft. Es wäre aber verfehlt, wenn man, wie es einige Pressestimmen thun, nunmehr auf einen leichten und raschen Sieg rechnen wollte. Es ist allerdings richtig, daß der erste Feldzugsplan, den Brauereiring durch Beschränkung des Boykotts auf 7 Brauereien zu sprengen, mißlungen ist. Es mag auch richtig sein, daß die sozialdemo-
kratischen Führer, um den Boykott nicht verpuffen zu lassen, zu einem neuen kräftigen Reizmittel greifen mußten, und daß ihnen deshalb nichts, als die Ausdehnung des Boykotts übrig blieb. Ebenso sicher ist aber, daß dieses Reizmittel zunächst die gewünschte Wirkung gehabt hat und daß der Boykott trotz mehr als zweimonatiger Dauer und trotz der Sommerhitze auf der erweiterten Grundlage mit großer Stämmigkeit fortgeführt wird. Schon die Thatsache, daß der Boykott so lange und im Sommer fortgeführt worden ist, beweist die Kraft der Bewegung. Denn lange Dauer ist er-
fahrungsgemäß der schwerste Feind jeden Boykotts, weil die zur energischen Durchführung eines solchen erforderliche Be-
geisterung nur zu rasch verfliehet und der durch die Sommer-
hitze verstärkte Durst der schwerste Feind jeden Bierboykotts in besonderer ist. Wer sich vergebemüht, um welchen Preis es sich bei der Kraftprobe für die Sozialdemokratie handelt, wird sich auch der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die Führer Kopf und Kragen daran setzen werden, ihre Gesolgenschaft bis zum Äußersten in dem Kampfe festzuhalten. Der Sieg wird ihnen daher nur entzissen werden können, wenn trotz aller unzweifelhaft noch zu gewärtigenden weiteren schweren materiellen Opfer von den Brauereien in dem Kampfe bis zum Schluß mit unverrückbarer Energie ausgeharrt wird. Schönfärberei, welche baldigen und leichten Sieg verspricht, würde daher nicht nur sichere Enttäuschung zur Folge haben, sondern ist auch geeignet, die zum Siege unbedingt erforderliche Energie und feste Ausdauerkraft zu schwächen. Das Bewußtsein, daß nur mit äußerster An-
spannung der Kraft zu siegen ist und daß jedes Erlahmen, jede Schwäche die Niederlage zur unfehlbaren Folge haben muß, wird vielmehr die Kräfte zu dem weiteren, sicher noch sehr schweren Kampfe stählen müssen.“

Frankreich. Die Vorbereitungen für den am Freitag stattfindenden Prozeß Caserio werden in Lyon sehr eifrig betrieben und alle Vorsichtsmaßnahmen sehr eingehend getroffen. Freitag früh um 7 Uhr wird Caserio aus dem Gefängnisse nach dem Justizpalaste in einem Wagen gebracht werden, in dem mehrere Polizisten Platz nehmen werden, und der durch eine Eskorte von 12 berittenen Gendarmen bedeckt wird. Der Justizpalast erhält ein ganzes Bataillon Infanterie als Wache. Alle Eingänge werden durch Polizisten und Soldaten scharf bewacht, und nur Leute, die sich über ihre Identität ausweisen können, erhalten Zutritt. In der Vorhalle werden eine Kompanie Infanterie, eine Abteilung Stadtpolizei und das ganze freie Personal der Gendarmenpolizei aufgestellt. Caserio wird sofort nach seinem Eintreffen in das kleine Zimmer neben dem Gerichtssaale gebracht werden, wo sich sonst die Angeklagten während der Beratungen der Jury aufhalten.

Rußland. In der Stadt Scharnow, Gouvernement Radom, kam es bei Beerdigung von vier an Cholera gestorbenen Personen zu argen Ausschreitungen. Der Födel wollte die Beerdigung der Leichen auf dem Cholerafriedhof verhindern und verlagte die Leichenträger, erklärte dann eine Choleraabende und befreite 20 Personen, welche sich dort unter ärztlicher Beobachtung befanden. Die Polizei mußte mit blanker Waffe einschreiten.